

Frage des Tages

Ist die Spitalkooperation der beiden Basel noch zu retten?

Der Spital-Deal ist wegen der Differenzen beim Univervertrag in akuter Gefahr. Ist die Spitalkooperation noch zu retten? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Ist es richtig, den Spital-Deal an den Univervertrag zu koppeln?



Basler Regierung überrumpelt Thomas Weber

Der Univervertrag ist keine schriftlich festgehaltene Bedingung für die Spitalgruppe – dennoch hält Basel daran fest

Von Joël Hoffmann und Alessandra Paone

Liestal/Basel. Es hätte ein Befreiungsschlag sein sollen für Thomas Weber – den unscheinbaren SVP-Regierungsrat, bei dem sich jeder schon gefragt hat, was er eigentlich tut, ausser seine Direktion aufzuräumen. Am Samstag machte die BaZ seine Pläne für eine Zusammenlegung des Unispitals Basel und des Kantonsspitals Baselland bekannt. Ein grosser Wurf, den der Baselierte Gesundheitsdirektor am Montagmorgen mit seinem Basler Amtskollegen Lukas Engelberger (CVP) den Medien präsentierte. Doch am Abend schon folgte der grosse Knall: Die Basler Regierung stellt klar, dass der Spital-Deal nur dann zustande kommt, wenn Baselland den Univervertrag nicht kündigt. Eine Forderung, die das Grossprojekt zum Scheitern bringen könnte.

Doch damit nicht genug: «Bei den Sitzungen der beiden Regierungsräte zur gemeinsamen Spitalgruppe hat Lukas Engelberger gemäss Thomas Weber nie über die Basler Bedingungen gesprochen», sagt SVP-Präsident Oskar Kämpfer. Dass Basel-Stadt also die gemeinsame Uni-Trägerschaft an die Spitalstrategie knüpft, sei bis Montagmorgen nie ein Thema zwischen den Gesundheitsdirektoren gewesen. Dies bestätigt auch ein Exponent einer anderen Partei. Dies legt den Schluss nahe, dass der Baselierte Gesundheitsdirektor erst nach der gemeinsamen Medienkonferenz von der gewichtigen Forderung aus Basel-Stadt erfahren hat.

Regierungen widersprechen sich

Aus Regierungskreisen ist zu jedoch vernehmen, dass der Univervertrag zwar durchaus an Treffen der beiden Regierungen auf den Tisch kam. Ein schriftlicher Entscheid der Basler, dass für sie die Spitalgruppe ohne Univervertrag nicht möglich ist, sei aber nicht getroffen worden. Folglich wusste Weber zwar von den Basler Befindlichkeiten, doch dass diese eine Bedingung sein soll, sei ihm neu gewesen. Thomas Weber war weder am Montagabend noch gestern für eine persönliche Stellungnahme



Reden aneinander vorbei. Basels Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger stellt Bedingungen, mit denen sein Baselierte Pendant Thomas Weber so nicht gerechnet hat. Foto Dominik Plüss

erreichbar. Stattdessen verschickte die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion eine knappe Medienmitteilung im Namen des Gesamtregierungsrats. Darin heisst es unter anderem: «Eine integrale direkte Verknüpfung zwischen den beiden Themen Univervertrag und Gesundheitsplanung besteht aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Baselland nicht.»

Diese Aussage steht im klaren Widerspruch zur Haltung der Basler Regierung. Auf Anfrage sagt Lukas Engelberger: «Für den Regierungsrat Basel-Stadt ist eine gemeinsame Uni-Trägerschaft die zentrale Grundlage für eine Kooperation im Gesundheitswesen. Darum ist es selbstverständlich, dass der Univervertrag und die Spitalstrategie inhaltlich zusammengehören.» Für Basel bedingen sich die zwei The-

men also doch. Auf die Frage, ob er Weber über die Bedingungen orientiert habe, sagt Engelberger: «Über solche Prozesse kommunizieren wir nicht. Die Pressekonferenz von Montag sollte reichen.» Die Wichtigkeit des Univertrags für die neue Spitalstrategie wurde an der Medienkonferenz vom Montag nicht erwähnt. Engelberger dazu: «Wir können auch nicht alle Themen ansprechen, die irgendwo am Rande interessieren könnten.»

Alt Regierungsrat übt Kritik

Mit dieser Einschätzung dürfte der CVP-Regierungsrat falsch liegen. Das Thema interessiert sehr wohl – vor allem die betroffenen Spitäler, die sich gestern nicht äussern wollten. Aus spitalinternen Kreisen ist jedoch zu vernehmen, dass sie aus den Medien von

den Bedingungen der Basler erfahren wurden. «Eine gute Idee wird dadurch kaputt gemacht», heisst es etwa.

Unabhängig davon, wann Weber von den Bedingungen der Stadt erfahren hat und auch davon, wie man zur Forderung steht, ist klar: Der Univervertrag ist nicht von der geplanten Spitalgruppe mit ihrer universitären Medizin zu trennen. Demnach hätte dieser Punkt in die Verhandlungen der beiden Regierungen einfließen und öffentlich kommuniziert werden sollen. So hätte es jedenfalls der ehemalige Baselierte Gesundheitsdirektor Erich Straumann (SVP) getan. «Die Bedingung der Stadt ist keine Detail-, sondern eine Grundsatzfrage, die man nicht erst im Nachhinein klären kann», sagt er, der an der Realisierung des Uni-Kinderspitals beider Basel beteiligt war.

Die Parteien stehen hinter Engelberger

Koppelung der Spitalfusion an den Univervertrag wird in Basel-Stadt mehrheitlich begrüsst

Von Franziska Laur

Basel. Es hatte alles so gut ausgesehen: Endlich schienen Baselland und Basel-Stadt den lang ersehnten Durchbruch in der Spitalzusammenarbeit geschafft zu haben. Es folgte die Ernüchterung, weil die Städter die Bedingung stellten, dass der Kanton Baselland den Univervertrag nicht kündigen darf, falls dieser Spitalver-

bund zustande kommen soll. Dieser Anspruch ist begreiflich. Seltsam mutet nur an, dass an der Pressekonferenz vom Montag darüber kein Wort verloren wurde. Basler Politiker indes sind sich einig: Ein Spitalverbund ohne gemeinsamen Univervertrag wäre seltsam.

Urs Müller, Grünes Bündnis, Mitglied der grossrätlichen Gesundheitskommission, sagt dazu: «Wenn das Baselbiet den Univervertrag kündigt, wird es auf verschiedenen Ebenen schwierig.» Denn mit einer Kündigung dieses Vertrags werde der Kern der akademischen Ausbildung infrage gestellt. Gerade sei in einem Konkordat beschlossen worden, dass für die Fortbildung der Assistenzärzte diejenigen Kantone aufgenommen müssen, in denen die Matur abgelegt wurde. «Da staunten die Baselierte, wie viel sie bezahlen müssen.» Das Baselbiet müsse aufpassen, dass es für seine akademische Bevölkerung die Bedingungen nicht verschlechtert.

Trotzdem ein guter Coup

Müller ist der Meinung, dass man den Univervertrag und die Zusammenarbeit der Spitäler nur schlecht trennen kann, da die medizinische Fakultät eng verbunden ist mit dem Spitalalltag. Trotzdem: «Wenn zwei Regierungsräte sich Überlegungen für eine Kooperation machen, würde ich mal hoffen, dass die Gesamtregierung nicht gleich mit einem anderen Geschäft droht.» Immerhin sei der Coup der beiden Spitaldirektoren Lukas Engelberger (CVP) und Thomas Weber (SVP) lobenswert. «Das hat Carlo Conti nicht fertiggebracht.» Mit Weber

habe Engelberger allerdings auch einen realistischen und bodenständigen Partner. Und Müller stellt noch einen weiteren Aspekt zur Diskussion: «Das Ambulatorium ist eine reine Gesundheitstossung der Finanzen auf Kosten der Prämienzahler.» Bei ambulanten Eingriffen müsse die Krankenversicherung den ganzen Betrag allein übernehmen, bei einem stationären Aufenthalt muss der Kanton 55 Prozent an die Kosten bezahlen. So sei zu befürchten, dass die Krankenkassenprämien steigen.

Auch Beatriz Greuter (SP), Präsidentin der Gesundheitskommission, findet die Stossrichtung einer gemeinsamen Spital-Holding lobenswert. Selbstverständlich würden sich dazu viele Fragen stellen. Zum Beispiel, was mit dem Personal geschehe, wie die Um- und Neubauten in die gemeinsame Holding eingebracht würden und vieles mehr. Zur allfälligen Kündigung des Univertrags durchs Baselbiet sagt sie: «Es ist nicht so einfach, aus diesem Vertrag auszusteigen. Es gilt eine lange Kündigungsfrist.» Sie würde es auch sehr bedauern, wenn man einen Schritt vor und zwei Schritte zurück macht. Es sei auch kaum sinnvoll, die Bedingung des Verbleibs im Univervertrag an eine Zusammenarbeit zwischen den Spitalern zu koppeln. «Ein solches Drohszenario finde ich sehr kontraproduktiv.» Doch, sagt sie: «Wir stehen erst ganz am Anfang. Vieles ist in Bewegung und vieles wird sich zeigen.»

Grossrat David Jenny (FDP) unterstützt das Zusammengehen. «Ich werte das als sehr guten Schritt. Doch dann

sind wir auf ein Aufeinanderzugehen angewiesen.» Er sieht grosse Probleme, falls das Baselbiet aus dem Univervertrag austreten würde. «Eine gemeinsame Spital-Holding einerseits und andererseits den Austritt aus dem Univervertrag – das ist sehr schwer vorstellbar.» Ein grosser Teil der Uni beinhalte ja die Medizin und diese stehe in direktem Zusammenhang mit den Spitalern.

Tagesklinik infrage gestellt

Eine dezidierte Meinung hat auch Lorenz Nägeli (SVP), Mitglied der Gesundheitskommission. Für ihn geht dieses Konzept in die richtige Richtung: «Es bräuchte einen einzigen Verwaltungsrat, eine gemeinsame Spitalleitung mit einem gemeinsamen Budget. Ansonsten gehen das Kräftenessen und die Aufteilung der Disziplinen weiter.»

Schwammig sei der Begriff bedarfsorientiertes Gesundheitsnetz. Laufen, sagt er. Für ihn macht da eher ein Rückbau zum Ambulatorium à la ehemaliges Spital Riehen Sinn. Infrage stellt er die Tagesklinik auf dem Bruderholz. «Diese ist nicht nötig, aber wahrscheinlich ein Teil des Kompromisses», vermutet er. Ein Risiko sei, wenn das Uni-Spital vertezelt würde. «Dann wäre mehr verloren als gewonnen und andere Zentren in der Schweiz sind die lachenden Dritten.» Der Mehrstandortbetrieb habe schon beim alten Universitätskinderhospital beider Basel nicht funktioniert und den Betrieb gelähmt. Verständnis hat er jedoch für den Anspruch, ein Zusammengehen an einen gemeinsamen Univervertrag zu koppeln.

Ein Poker um 120 Millionen

Univervertrag steht zur Debatte

Von Thomas Dähler

Liestal. Bis gestern schien die Motion von Oskar Kämpfer (SVP), welche die Kündigung des Univertrags verlangt, im Baselierte Landrat chancenlos. Doch die von der Basler Regierung angestrebte Verknüpfung mit der Spitalkooperation ruft der Baselierte Politik in Erinnerung, dass sie mit dem Univervertrag ein Faustpfand in mehrstelliger Millionenhöhe in der Hand hat. Würde der Vertrag ersatzlos gekündigt, würden 120 Millionen Franken weniger nach Basel fließen. Ohne die Uni-Trägerschaft müsste Baselland für seine Studierenden nur 40 statt der heutigen 160 Millionen aufwenden.

Angestossen hat die Debatte um die Finanzierung der Universität Basel der frühere Regierungsrat Adrian Ballmer, als 2011 das Entlastungspaket zur Debatte stand. Kritisiert wurde damals der Verteilschlüssel von 50 zu 50 Prozent zwischen den beiden Basel. Selbst die Baselierte SP erklärte damals im Landrat, Neuverhandlungen seien kein Affront gegenüber Basel. Gespräche über einen neuen Verteilschlüssel lehnte die Basler Regierung in der Folge aber ab.

Kämpfers jetziger parlamentarischer Vorstoss wurde vor dem Hintergrund eingereicht, dass der Univervertrag nur alle vier Jahre mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren aufgelöst werden kann. Möglich ist eine Kündigung ein nächstes Mal per Ende 2017; ausgesprochen werden müsste sie noch in diesem Jahr. Gekündigt werden kann der Vertrag zudem auch, wenn sich die beiden Kantone nach dem Ablauf einer Leistungsauftragsperiode nicht auf einen neuen Leistungsauftrag einigen können. Der jetzige Leistungsauftrag läuft Ende 2017 aus, und auf einen neuen haben sich die Kantone noch nicht geeinigt. Gelänge es nach einer Kündigung nicht, sich auf einen neuen Univervertrag zu einigen, käme es zu einem Liquidationsverfahren unter Berücksichtigung der bestehenden Verpflichtungen und eingebrachten Gütern.

Im Baselbiet wurde der Univervertrag im März 2007 von den Stimmberechtigten mit hohem 84,8 Prozent angenommen. Allerdings wurde damals den Stimmberechtigten in Aussicht gestellt, dass der Kanton Baselland als Universitätskanton anerkannt werde. Dies wurde aber inzwischen von den Miteidgenossen abgelehnt. Heute ist Baselland in der Schweiz der fünfgrösste Zahler an die Hochschulen, kann jedoch im Hochschulrat nicht mitreden.

ANZEIGE

Sonnige Aussichten.
Schneider.
Andrea Bertschi

Optik Schneider AG
Spalenring 15, 4055 Basel
Telefon 061 381 91 91
www.optik-schneider-basel.ch

OPTIK SCHNEIDER BASEL

ANZEIGE

Konferenzräume

Am Aeschenplatz,
3 Minuten zu Fuss
vom Bahnhof.

Für 2 – 24 Personen.
Auch für Video-
Konferenzen.

Aeschenvorstadt 71
061 225 44 44
basel@obc-suisse.ch
obc-suisse.ch

OfficeBusinessCenter
OBC
Suisse